

## **Streit um Pressestelle: Schortens' Stadtverwaltung in der Kritik**

Die umstrittene Pressesprecher-Stelle in Schortens sorgt für hitzige Diskussionen im Rat. Notwendigkeit oder Luxus? Fakten und Stellungnahmen.

In der Stadt Schortens wird die Diskussion um eine neu ausgeschriebene Pressesprecherstelle immer hitziger. Die Position ist nicht nur von großer Bedeutung für die Öffentlichkeitsarbeit der Stadt, sondern hat auch die politischen Gemüter stark erregt. In der letzten Ratssitzung kam es zu einem lebhaften Schlagabtausch zwischen den Ratsmitgliedern, die vehement für oder gegen diese Stelle argumentierten.

Der Streit entfachte sich vor allem zwischen Axel Homfeldt von der CDU und Detlev Kasig von der SPD. Während Homfeldt und Wolfgang Ottens von den Grünen die Stelle als dringend notwendig erachteten, äußerte Kasig massive Bedenken. „Wir brauchen das nicht und können uns das auch nicht leisten“, so Kasig. Janto Just von den Freien Bürgern ging sogar noch weiter und bezeichnete die neue Stelle als „bloße Wichtigtuerei“ der Mehrheitsgruppe, die er als übertrieben und unnötig empfindet.

### **Hohe Kosten als Hauptstreitpunkt**

Einer der zentralen Streitpunkte in den Diskussionen ist die finanzielle Seite. Die neue Position wird in die Entgeltgruppe (EG 11 TVöD) eingruppiert, was der Stadt jährlich ungefähr 80.000 Euro kosten würde. Udo Borkenstein von der SPD brachte die Argumentation ein, dass vergleichbare Stellen in größeren Städten wie München oder Köln für deutlich weniger Geld zu

besetzen sind – und das bei vergleichbaren Anforderungen. „Gute Leute kosten gutes Geld“, verteidigte Homfeldt die finanzielle Belastung der Stadt, doch der Vergleich mit anderen Städten schafft erhebliche Zweifel an der Notwendigkeit dieser Ausgaben.

Die Befürworter der Pressesprecherstelle, darunter die CDU und die Grünen, argumentieren, dass die Stadt eine professionelle Außendarstellung dringend benötigt. Insbesondere der Bedarf, Anfragen von lokalen Medien effizient zu bearbeiten und die vielfältigen sozialen Medien zu nutzen, wird als wichtig erachtet. Die Schortner mussten in der Vergangenheit oft mit Krisen umgehen, wie der Anhebung der Kita-Gebühren oder der Problematik um die sogenannte „Schimmel-Kita“, und man könnte argumentieren, dass eine professionelle Krisenkommunikation hier hilfreich gewesen wäre.

## **Eingeschränkte Zustimmung und Vorschläge zur Verschiebung**

Obwohl die SPD und die FDP der Idee eines Pressesprechers generell nicht abgeneigt gegenüberstehen, haben die neuen Erkenntnisse zur Eingruppierung die Partei zur Umstellung ihrer Position veranlasst. Christian Berner von der SPD schlug vor, die Entscheidung um zwei Jahre zu verschieben und die Aufgaben vorerst von einem neu geschaffenen Büro für Rats- und Öffentlichkeitsarbeit durchführen zu lassen. Kasig brach einen weiteren Streit vom Zaun, indem er kritisierte, dass in anderen Bereichen der Stadt Einsparungen vorgenommen werden, während gleichzeitig Geld für eine neue Stelle ausgegeben werden solle.

Inmitten dieser hitzigen Debatte griff Kasig Homfeldt wegen dessen rüder Wortwahl an. Vorwürfe von Überheblichkeit und Arroganz schwebten durch den Raum, als Homfeldt auf die Notwendigkeit verwies, aus den finanziellen Mitteln das Beste zu machen. Diese Auseinandersetzungen steigerten die Spannungen nur weiter, und die Diskussion über das

Engagement für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit wurde von bereits bestehenden internen Konflikten über andere politische Entscheidungen begleitet.

Wolfgang Ottens warnte eindringlich davor, dass die anhaltende öffentliche Streiterei über Gehälter und Stellen nicht nur der Verwaltung schadet, sondern auch das Ansehen der Stadt beeinträchtigt. Er kritisierte, dass dies eine negative Atmosphäre schafft und den Blick auf die eigentlichen Aufgaben der Stadt verengt. Diese Diskussion könnte die Glaubwürdigkeit der Schortener Politik stark in Frage stellen. Die Idee einer effizienten Kommunikation könnte von einem Mangel an Einigkeit über die Richtung, in die sich die Stadt entwickeln möchte, abgelenkt werden.

Es bleibt abzuwarten, wie sich dieser Konflikt in den kommenden Wochen entwickeln wird und ob ein Kompromiss gefunden werden kann, der sowohl die finanziellen Bedenken als auch die Notwendigkeit einer verbesserten Kommunikation berücksichtigt. Schortens steht an einem Scheideweg und die kommenden Entscheidungen könnten weitreichende Auswirkungen auf die politische Landschaft der Stadt haben.

Details

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://n-ag.de)**